



Tätigkeitsbericht
Hauptversammlung
20. März 2014

Tätigkeitsbericht

Hauptversammlung

20. März 2014

Liebe Kolleginnen
Liebe Kollegen
Liebe Freunde

1. Personelles im PVL

Thomas Klaus

Aufgrund der Statuten wird anlässlich der Hauptversammlung jeweils ein Teil des Vorstandes neu besetzt. Dadurch sind jährlich Ersatz- bzw. Bestätigungswahlen nötig. Anlässlich der Jahresversammlung 2013 im Hotel Schaanerhof, Schaan, wurde der Vorstand wie folgt bestellt:

Funktion	Name	Arbeitsstelle
Präsident:	Thomas Klaus	Landespolizei
Vizepräsident/in:	Gabriele Binder	Datenschutzstelle
Kassier:	vakant	
Schriftführerin:	Sabine Lendl	Amt für Justiz
Beisitzer:	Gerhard Hermann	Landespolizei
	Arno Aberer	Amt für Justiz

2. Vorwort des Präsidenten

Thomas Klaus

2.1 Wie weiter mit der Sanierung der Pensionsversicherung für die Staatsangestellten und der angeschlossenen Betriebe?

In den letzten Wochen und Monaten wurden wir von allen Seiten immer wieder zu unserer Meinung zur Pensionsversicherung gefragt und aufgefordert, Stellung zu beziehen sowie aktiv zu werden.

Die nun zur Entscheidungsfindung vorliegenden Varianten (Regierungslösung, Win-win 50 und Win-win 90) wurden allesamt nicht in Zusammenarbeit mit dem PVL erstellt. Bei der Regierungslösung war eine Arbeitsgruppe ohne Einsitz des PVL am Werk und bei den beiden Win-Win Lösungen bekanntermassen Nikolaus Frick. Unsere Bedenken und alternativen Lösungsansätze haben wir in zahlreichen Stellungnahmen und Gesprächen wiederholt und ausführlich dargelegt. Zu unserem Bedauern wurden diese jedoch nicht in dem von uns gewünschten Masse gehört. *(Nähere Infos auf unserer Homepage unter der Rubrik „Pension“)*

Wir können hierzu nur immer wieder sagen, dass wir unsere Stellung zu den verschiedenen Lösungen und Vorlagen wiederholt dargelegt haben und dass der gesetzliche Handlungsspielraum für den PVL sehr eng ist. So schwer es uns auch fällt, es bleibt uns zum jetzigen Zeitpunkt nichts anderes übrig, als zusammen mit allen Versicherten die weitere Entwicklung abzuwarten und zu hoffen, dass die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger bei der Abstimmung über die Initiativen win:win die richtige Entscheidung treffen werden. Diese kann nur lauten: **Nein** zu den beiden Initiativen von Nikolaus Frick.

2.2 Beamten-Bashing (Hau den Lukas oder wie?)

Das auf Neid, Missgunst und zum Teil auch auf Parteipolitik begründete Beamten-Bashing, welches bewusst eingesetzt wird, muss im Interesse aller Wirtschaftsteilnehmer und im Interesse des Zusammenlebens aller Menschen in Liechtenstein schnell beendet werden. Die daraus erwachsenden langfristigen negativen Folgen für das Land sind hoch riskant, nicht abschätzbar und unkorrigierbar.

Auch die derzeit permanent stattfindenden strategielosen Hau-Ruck-Aktionen zur Entscheidungsfindung sind schnellstmöglich einzustellen.

Nur ein Miteinander bringt letztlich langfristig, tragbare und lebbare Lösungen für die Menschen in unserem Lande!

Es braucht einen starken öffentlichen Dienst – damit das Fürstentum Liechtenstein auch in Zukunft funktioniert!

Wir wollen letztlich kein: „wie du mir – so ich dir, sondern wir wollen klar ein miteinander und füreinander!

Der PVL-Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern für das spürbare Vertrauen und bittet, wo immer möglich, um Unterstützung und aktive Mitarbeit.

3. RUND UM DEN VERBAND

Thomas Klaus

3.1 Hauptversammlung 2013

Mit der Hauptversammlung vom 17. April 2013 im Hotel Schaanerhof starteten wir motiviert ins neue Verbandsjahr.

Das Referat von Rechtsanwalt Pius Heeb rund um rechtliche Fragen zur Pensionsversicherung gab Anlass zu regen Diskussionen. Die Möglichkeit zum freien Meinungs austausch zwischen den anwesenden Mitgliedern untereinander und mit dem PVL-Vorstand wurde noch bis weit in den Abend hinein genutzt und fand bei dem sich anschliessenden Apéro einen für alle sehr schönen Ausklang.

3.2 Tätigkeiten des PVL-Vorstandes

Der PVL-Vorstand traf sich im Jahr 2013 zu insgesamt 12 Sitzungen. Neben diesen regelmässigen Vorstandssitzungen sind vor allem die mit der Vorgänger-Regierung **Institutionalisierung von halbjährlichen Treffen mit dem Regierungschef und die Teilnahme an den Amtsleiterkonferenzen** zu nennen, die mit der neuen Regierung aktiv fortgesetzt werden. Weiterhin waren die Vorstandsmitglieder im Rahmen von Art. 35 Staatspersonalgesetz in verschiedenen Bereichen aktiv:

- Mit dem Regierungschef fanden in 2013 zwei gemeinsame Besprechungen statt.
- Der PVL-Präsident nahm an zwei Amtsleiterkonferenzen teil.
- Der PVL-Vorstand folgte zwei Einladungen von im Landtag vertretenen Parteien und referierte vor dem FBP-Parteivorstand zur Sanierung der Pensionsversicherung des Staatspersonals und vor dem Parteivorstand der Freien Liste zur FBP-Motion betreffend Anpassung des Kündigungsschutzes des Staatspersonals

an die Privatwirtschaft. Die Präsentationen sind online auf unserer Internetseite verfügbar.

- Regelmässiger Kontakt mit Vertretern des APO sowie von diversen Kommissionen und den Arbeitnehmervetretern im Stiftungsrat der Pensionsversicherung.
- Beratung von Mitgliedern bei konkreten Problemen. Diese Möglichkeit wird von immer mehr PVL-Mitgliedern aktiv genutzt, die im Rahmen ihres Arbeitsplatzes Problemen gegenüber stehen, die sie nicht mehr alleine zu lösen vermögen. Insgesamt wurde der PVL-Vorstand im Berichtsjahr in über 10 Anfragen aktiv um Unterstützung gebeten. Hier hat der PVL-Vorstand zum Teil sehr umfangreiche und aufwändige Unterstützung geleistet und bei Bedarf auch mehrfach entsprechende Rechtsberatungen vermittelt.

3.3 Stellungnahmen

Wenn und soweit die Interessen des Staatspersonals tangiert sind, gibt der PVL-Vorstand Stellungnahmen zu Projekten und Gesetzgebungsverfahren im Interesse seiner Mitglieder ab.

In 2013 hat der PVL wiederholt Stellungnahmen und Schreiben im Zusammenhang mit der Sanierung der Pensionsversicherung betreffend die Abänderung des Gesetzes über die „Schaffung eines Gesetzes über die Errichtung einer Vorsorgeeinrichtung für die betriebliche Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenversicherung für die Staatsangestellten sowie die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionsversicherung für das Staatspersonal“ abgegeben.

Weiterhin gab der PVL eine Stellungnahme zur geplanten Abänderung des Staatspersonalgesetzes im Zusammenhang mit „Whistleblowing“ ab.

Die Informationen wurden allen PVL-Mitgliedern zugestellt und können ebenfalls online abgerufen werden www.personalverband.li.

3.4 Mitgliederbestand

Zum Zeitpunkt der Hauptversammlung am 17. April 2013 konnte der PVL einen erfreulichen Mitgliederbestand von 420 Mitgliedern verzeichnen. Der Mitgliederbestand ist seitdem weiter angestiegen und anlässlich der Jahresversammlung 2014 mit **433** Personen zu beziffern. Hinzugekommen sind insgesamt 31 Neumitglieder. Demgegenüber stehen 18 Austritte infolge Austritt aus der Landesverwaltung oder Todesfall bedingt.

Der stetige Mitgliederzuwachs ist für uns ein weiterer grosser Vertrauensbeweis und erfüllt uns gleichzeitig mit grosser Freude. Diese erfreuliche Tatsache stärkt den PVL sowohl nach innen als auch nach aussen und zeigt, dass Solidarität unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachhaltig wachsen kann. **Herzlichen Dank an dieser Stelle an alle PVL-Mitglieder.**

3.5 Allgemeines Statement

Insgesamt war das Jahr 2013 wie bereits das Vorjahr weiterhin geprägt von Unsicherheiten am Arbeitsplatz in Bezug auf den Sparkurs bei der Liechtensteinischen Landesverwaltung und den Gemeinden. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass grundsätzlich alles unternommen werden muss, um dieses Ungleichgewicht zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben innert nützlicher Frist wieder ins Lot zu bringen. Wir sind jedoch auch ganz klar der Meinung, dass dies auf keinen Fall über Kündigungen erfolgen darf, da diese Massnahme systembedingt in der Regel immer die sozial Schwächsten treffen. Darüber hinaus würde die Vernichtung von

Arbeitsplätzen andere langfristige negativen Folgen mit sich bringen.

Wie auch schon im Vorjahr haben wir diesbezüglich mehrmals bei der Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass diese Art der Verbreitung von Unsicherheit gegenüber den Staats- und Gemeindeangestellten möglicherweise langfristig negative Folgen mit sich bringen könnte. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, waren gerade Personalrekrutierungen in Folge der grossen Unsicherheiten mit dem Arbeitsplatzpaket bei der Landesverwaltung auch im 2013 zunehmend eine immer grössere Herausforderung, da sich Bewerber immer öfters die Frage bezüglich Jobsicherheit und der Vorsorge stellten. In Bezug auf die Vorsorge stand unter anderem die Frage nach dem zusätzlichen Solidaritätsbeitrag von 1.2% im Fokus, welcher auch von Neueintretenden bezahlt werden muss.

Diesen omnipräsenten Unsicherheitsfaktor gilt es nach wie vor unverzüglich zu lösen. Denn es gilt nicht nur für Staatsangestellte, dass das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen der Bevölkerung in das Vorsorgesystem längerfristig stark davon abhängen, wie sicher die Renten wahrgenommen werden. Es muss unbedingt vermieden werden, dass sich die liechtensteinischen Bürger untereinander bekämpfen in Zeiten, in denen innere Stärke unabdingbar ist, um die globalen und nationalen Herausforderungen meistern zu können. Regierung und Landtag sollten sich hier ihrer grossen Verantwortung und Vorbildfunktion bewusst sein.

4. PENSIONSVERSICHERUNG

4.1 Allgemeine Entwicklungen

Thomas Klaus

In 2013 verabschiedete der Landtag das neue Gesetz über die betriebliche Vorsorge des Staates (SBPVG), das zum 1. Juli 2014 in Kraft treten wird. Parallel dazu wurden von Nikolaus Frick gleich zwei Initiativen eingereicht, die in der Öffentlichkeit viel Wirbel ausgelöst haben und auch juristisch sehr umstritten sind. Nachdem der Staatsgerichtshof erst Ende Februar 2014 entschieden hat, dass die angemeldete Volksinitiative „Pensionskasse win-win“ nicht verfassungswidrig und vom Hohen Landtag nunmehr zugelassen worden ist, bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.

Klar ist aus Sicht des Personalverbandes in diesem Zusammenhang lediglich Folgendes: Sowohl die ursprüngliche Initiative „win-win“ als auch die zweite Initiative 50:50 bedeuten massive Eingriffe für die Versicherten, die aus unserer Sicht nicht mehr tragbar sind. **Die Initiativen von Nikolaus Frick missachten nicht nur die Grundsätze eines Rechtsstaates, sondern untergraben auch dessen Glaubwürdigkeit und schaffen sozialen Unfrieden.**

4.2 Bisheriger Stiftungsrat PVS

Stiftungsräte Hasler Thomas und Hasler Johannes

Die PVS – Ein moderner Spielball der Zeit

Das vergangene Jahr 2013 stand ganz im Zeichen der Sanierung und Sicherung der PVS. Schon zu Beginn regte sich jedoch in der Bevölkerung Widerstand gegen die für die Staatsangestellten als ‚zu gut empfundene Lösung‘. Was der Sanierungsplan uns Versicherten abverlangt, wird und wurde vielerorts bewusst ignoriert.

Bei diesem ‚Ballspiel‘ setzte sich nebst einer Einzelperson auch eine neue Partei sowie eine Revisionsgesellschaft gekonnt in Szene.

Schlussendlich wollten und konnten neun angeschlossenen Betriebe, vor allem Gemeinden, nicht mehr mitspielen und traten per 31.12.2013 aus der PVS aus. Diese Austritte konnten sowohl administrativ wie auch anlagentechnisch gut und ohne Nachteile für die verbleibenden 3100 Aktiv-Versicherten abgeschlossen werden.

Am 06.09.2013 stimmte der Landtag den Sanierungsplänen zu und beschloss die relevanten Eckdaten für die Neuausrichtung, doch das letzte Wort scheint auch ein halbes Jahr später durch eine Initiative und ein überraschendes Urteil des Staatsgerichtshofs nicht gesprochen zu sein.

Derzeit laufen die Arbeiten für den Jahresabschluss 2013, die bereits vom gesetzlichen Erfordernis zur Überführung in die neue Stiftung Personalvorsorge geprägt sind. Dem Jahresabschluss 2013 kommt eine besondere Bedeutung zu, bildet er doch die rechnerische Grundlage für die Ausfinanzierung der Deckungslücke bei der Überführung. In diesem Zusammenhang sind speziell durch die Arbeitnehmervertreter angeregte passive Rechnungsabgrenzungen für die zu tragenden indirekten Kosten der Überführung und eine aktualisierte Marktbewertung der Immobilien zu erwähnen.

Erfreulich für die Versicherten zeigt sich auch die Nettorendite 2013 von 5.9 %, welche die sehr hohe Sollrendite der PVS von 5.2 % deutlich übertraf. Die gute Vermögensbewirtschaftung wirkt sich somit positiv auf die Gesamtentwicklung der PVS aus, wodurch die Deckungslücke verringert werden konnte.

Bis zum 30. Juni 2014 werden der Stiftungsrat und die Vermögensanlagekommission die Geschäfte weiterführen und zusammen mit dem neuen Stiftungsrat der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein für einen möglichst reibungslosen Übergang besorgt sein. Als ausscheidende Stiftungsräte möchten wir die Gelegenheit nutzen uns für das entgegengebrachte Vertrauen zu bedanken.

4.3 Neuer Stiftungsrat SPL

Thomas Klaus

Die Stiftungsratsmandate von Thomas Hasler (Vizepräsident) und Johannes Halser werden demnach per 30.06.2014 enden. Der PVL-Vorstand möchte daher beiden im Namen aller Mitglieder sehr für ihre engagierte und wertvolle Arbeit im Stiftungsrat PVS danken.

Für die Besetzung des neuen Stiftungsrats des neuen Vorsorgewerkes (SPL), der neu nicht mehr aus sieben, sondern nur noch sechs Mitgliedern besteht, hat der PVL-Vorstand aus dem Kreis aller LLV-Mitarbeiter Herrn Andreas Gritsch als neuen Arbeitnehmersvertreter in den Stiftungsrat gewählt. Wir wünschen Andreas Gritsch viel Erfolg und Durchsetzungskraft im Interesse der Versicherten und eine gute Hand, den berechtigten Interessen der Versicherten im Stiftungsrat entsprechendes Gehör zu verschaffen.

Anmerkung in eigener Sache: Mit dem zum 1. Juli 2014 in Kraft tretenden neuen Gesetz über die betriebliche Vorsorge des Staates (SBPVG) ist der PVL nicht mehr wie bisher offizielles Wahlorgan für die Arbeitnehmersvertreter im Stiftungsrat. Da aber die neuen Wahlstatuten Anfang 2014 noch nicht vorlagen, wurden die drei Arbeitnehmersvertreter wie bisher vonseiten

der angeschlossenen Betriebe (1 Vertreter), der Lehrerverbände (1 Vertreter) und des Personalverbandes (1 Vertreter; bisher 2 Vertreter) gewählt. Es bleibt abzuwarten, welche Rolle dem PVL in Zukunft im Rahmen der Pensionsversicherung zukommen wird.

5. Tätigkeitsbericht „Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung“

Thomas Hasler, Stabsstellenleiter a.i.

Stabsstelle für Chancengleichheit

Die Arbeitsgruppe hat sich im Jahr 2013 zu zwei Sitzungen getroffen. Die Arbeitsgruppe hat dabei weiter an den bereits im Jahr 2012 vordringlichen Themen gearbeitet.

Eine Analyse der Reglemente zu Mobbing und sexueller Belästigung hat gezeigt, dass sich die Reglemente bewährt haben. Die Arbeitsgruppe hat im Jahr 2013 beschlossen, nochmals eine Sensibilisierung auf Stufe Amtsleiter durchzuführen und hat eine entsprechende Anfrage zur neuerlichen Vorstellung der Reglemente bei der Amtsleiterkonferenz an den Regierungsekretär gerichtet. Die Vorstellung sollte im Jahr 2014 erfolgen. Ebenfalls hat die Arbeitsgruppe darüber unterhalten, eine „Notfallkarte“ mit allen wichtigen Kontakt- und Informationsdaten für die Landesverwaltung bereitzustellen.

Die Lohnuntersuchung aus dem Jahr 2012 hat gezeigt, dass es keine unmittelbare Geschlechterdiskriminierung innerhalb der Liechtensteinischen Landesverwaltung gibt. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern liegt hauptsächlich darin begründet, dass viel weniger Frauen in Fach- und Führungspositionen arbeiten. Die Arbeitsgruppe hat im Jahr 2013 beschlossen, mit dem APO mögliche Massnahmen zu besprechen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb besser gewährleistet und so mehr Frauen Führungs- und Fachpositionen in der Landesverwaltung übernehmen könnten. Die Gespräche mit dem APO laufen noch.

Im Weiteren hat die Arbeitsgruppe über die

Streichung des KiTa Beitrags für Landesverwaltungsangestellte beraten. Die Abschaffung des Beitrags scheint politisch auch innerhalb der neuen Regierung unumkehrbar. Allerdings hat die Arbeitsgruppe einen Vorstoss unternommen und bei der Regierung angefragt, ob es möglich wäre, die Arbeitgebersozialversicherungsbeiträge bei Inanspruchnahme des unbezahlten Elternurlaubs zu übernehmen. Eltern, welche vom unbezahlten Elternurlaub Gebrauch machen, hätten so wenigstens keine Lücken in der Sozialversicherung zu befürchten. Die Antwort der Regierung ist noch ausstehend.

Im Jahr 2013 hat Bernadette Kubik-Risch auch ihr Mandat bei der Stabsstelle für Chancengleichheit beendet. Bernadette Kubik-Risch hat viel für die Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb und ausserhalb der Verwaltung geleistet. So sehr wir die Neuorientierung von Bernadette bedauern, so verständlich ist es, dass sie nach 17 Jahren eine neue Herausforderung sucht. Wir wünschen Bernadette das Allerbeste für ihre private und berufliche Zukunft!

Da die Stabsstelle für Chancengleichheit und das Gleichstellungsbüro zu unserem Bedauern die Tätigkeit beendet haben gibt es bis auf weiteres nichts zu berichten.

6. Personalkommission Besoldungswesen

Gabriele Binder/Thomas Klaus

Die Personalkommission ist Schlichtungsstelle für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Besoldung von Angestellten gemäss dem Besoldungsgesetz. Die Personalkommission hat auf Gesuch hin die in Frage stehende Stelleneinstufung (Lohnklasse) zu prüfen. Nach einem internen Anhörungsverfahren überprüft die Personal-Kommission die Entscheidungsgrundlagen und unterbreitet der Regierung eine Empfehlung. Die Regierung fällt dann auf Grundlage der Empfehlung die endgültige Entscheidung. Die Personalkommission setzt sich paritätisch aus jeweils zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beiderlei Geschlechts zusammen.

In 2013 wurde bei der Personalkommission ein Antrag auf Schlichtung eingereicht, der jedoch noch nicht abgeschlossen werden konnte.

zu guter Letzt...

Mitgliedermitwirkung

Bitte besuchen Sie uns im Internet. Wir sind jederzeit froh um Anregungen und Verbesserungsvorschläge. In unserem Forum haben Sie die Möglichkeit, uns Ihre Meinung zu diversen Themen bekanntzugeben und sich mit anderen auszutauschen. Bitte teilen Sie uns so Ihre Meinungen und Anregungen mit, damit **wir** uns für **Sie** einsetzen können.

Danke

Wir werden uns weiterhin mit voller Kraft für die Interessen unserer Mitglieder einsetzen und danken Ihnen für Ihre Unterstützung und für das in uns gesetzte Vertrauen - Danke!

www.personalverband.li

Persönlicher Dank des Präsidenten:

Es ist mir ein aufrichtiges und wichtiges Anliegen, den Vorstandsmitgliedern, allen Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen als engagierte Helfer zur Verfügung gestellt haben, sowie allen Helfern und „guten Geistern“ herzlich für die Mitarbeit im abgelaufenen Verbandsjahr sowie für die wertvolle Unterstützung zu danken

DANKE.

Thomas Klaus

(PVL-Präsident)

Vaduz, 20. März 2014